22.5.2009 - epd

Zahlreiche Spitzenpolitiker beim Bremer Kirchentag Helmut Schmidt umjubelt

(epd). Bremen (epd). Zahlreiche Spitzenpolitiker aus dem In- und Ausland haben den evangelischen Kirchentag in Bremen besucht. Neben Appellen zum Umdenken in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie Aufrufen zur demokratischen Mitsprache gaben sie auf dem Christentreffen teils sehr persönliche Einblicke in ihre Beziehung zu Kirche und Glauben. Am Donnerstag waren unter anderen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie Alt-Kanzler Helmut Schmidt (beide SPD) in Bremen zu Gast. Am Freitag betonte der finnische Ex-Präsident und Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari die politische Verantwortung jedes Bürgers.

"Wer nicht wählen geht, schränkt seine Rechte und Verpflichtungen ein", sagte der 72-jährige Ahtisaari wenige Tage vor der Europawahl Anfang Juni. Ihre Macht erlange die Politik durch die Bürger. "Wenn wir uns um diese Macht nicht kümmern, riskieren wir nicht nur unsere Interessen, sondern auch unsere Freiheit."

Die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann sprach sich in einer Bibelarbeit auf dem Kirchentag für ein Verbot der rechtsextremen NPD aus. Sie wolle nicht verstehen, dass eine Partei, die derart fremdenfeindliche Parolen von sich gibt, nicht verboten werden kann.

Ein Höhepunkt des am Mittwoch eröffneten fünftägigen Protestantentreffens war am Donnerstagabend der Besuch Helmut Schmidts. Der 90-Jährige, dessen Auftritt von mehreren tausend Kirchentagsbesuchern bejubelt wurde, sagte in einem Gespräch mit Weltbankpräsident Robert B. Zoellick zur Finanz- und Wirtschaftskrise: "Wir sind noch lange nicht über den Berg." Schmidt forderte langfristige Strategien zur Lösung der Probleme. Neben der Sanierung von Banken sei es auch wichtig, das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herzustellen, sagte er. Darüber hinaus müsse die Nachfrage weiter angekurbelt werden.

Bundeskanzlerin Merkel hatte zuvor zu Engagement für Freiheit und Demokratie aufgerufen. "Freiheit muss gelebt werden", unterstrich sie. Bundesaußenminister Steinmeier verteidigte die Präsenz deutscher Soldaten in Afghanistan. Der Einsatz sei zwar gefährlich, wie erst kürzlich ein Anschlag während seines Besuches in dem Land gezeigt habe, aber notwendig. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) widersprach zudem dem Vorwurf, in Deutschland würden Zuwanderer kriminalisiert. Migranten dürften nicht durch unsachliches Gerede unter Generalverdacht gestellt werden. Die SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Gesine Schwan (SPD), rief zwei Tage vor der Wahl in der Bundesversammlung zu Reformen im deutschen Bildungssystem auf.

Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker betonte die Bedeutung des vor 60 Jahren aus der Taufe gehobenen Grundgesetzes für die Bürgerdemokratie. Sie sei durch die Verfassung in Deutschland erstmals zur Lebensform erhoben worden, sagte Weizsäcker. Allerdings sei die Demokratie gefährdet durch Gleichgültigkeit und Wahlenthaltung. Auch der Kirchentag feiert in Bremen sein 60-jähriges Bestehen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber sagte, die Kirchentagsbewegung habe in der Bevölkerung das Bewusstsein für politische Verantwortung "maßgeblich geschärft".

SPD-Chef Franz Müntefering erlebt Kirchentage nach eigenen Worten als "Tankstellen für Politiker". Er fühle sich gut auf den Protestantentreffen, weil er dort durchatmen und auftanken könne, sagte er in Bremen. Hier habe er Zeit für Gespräche, ohne politische Statements abgeben zu müssen.

Das fünftägige Protestantentreffen mit rund 100.000 Dauerteilnehmern trägt das biblische Leitwort "Mensch, wo bist du?". Rund 2.500 Veranstaltungen stehen auf dem Programm.

Die katholische Reformbewegung "Wir sind Kirche" erneuerte in Bremen ihre Forderung nach einem gemeinsamen Abendmahl von Katholiken und Protestanten. Allerdings werde auch vor dem Zweiten Ökumenischen Kirchentag 2010 in München die Hoffnung auf ein Ende der Trennung von den Kirchenleitungen zunichtegemacht, kritisierten die Reformkatholiken.

Auch der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer sprach sich dafür aus, dass Christen beider Konfessionen einander gastweise zum Abendmahl einladen. Die Praxis könne der offiziellen Theologie vorangehen, sagte er. Zum Ökumenischen Kirchentag in München wünsche er sich ein Zeichen. Der Magdeburger katholische Bischof Gerhard Feige sagte dagegen, dass Abendmahl sei ein sensibles Thema, bei dem man sich nicht gegenseitig unter Druck setzen sollte.

http://www.epd.de/nord/nord_index_65331.html
Zuletzt geändert am 22.05.2009